

Newsletter

Newsletter der Fraktion DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft
11/2008

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Schwarz-Grün vor dem finanzpolitischen Konkurs

Von Joachim Bischoff

Der Haushalt für die Jahre 2009/10 sei solide und wetterfest – behauptet Finanzsenator Freytag. Das überzeugt selbst die treuesten politischen Weggefährten der CDU nicht mehr. Handelskammer und Steuerzahlerbund wollen den Entwurf im Papierkorb sehen. DIE LINKE fordert: Die Wahrheit über den Zustand der öffentlichen Finanzen muss endlich auf den Tisch.

Auch Hamburg ist von der globalen Finanzkrise betroffen. Die HSH Nordbank wird ohne Aufstockung des Eigenkapitals nicht weitermachen können. Die rückläufigen Steuereinnahmen erzwingen einen neuen Haushaltsentwurf. Der schwarz-grüne Senat jagt mit seiner parlamentarischen Mehrheit laufend finanzielle Nachforderungen durch das Rathaus. Besonders krass: Wie teuer die Elbphilharmonie wird, wollen die Regierenden nicht sagen – wahrscheinlich wissen sie es selbst nicht. Wir müssen mit über 100 Mio. rechnen. Statt für den sich abzeichnenden Konjunkturrückgang Rücklagen zu bilden, greift der Finanzsenator mit über einer Milliarde Euro in die Vermögenskasse der Stadt, um einen Haushaltsabschluss ohne neue Kredite ausweisen zu können.

Zur Haushaltsentlastung sollen die Hafendienstleistungen strukturell so umgestellt werden, dass sich der Hafendienstbetrieb selbst trägt. Die immensen Investitionen für den Ausbau der Hafenbahn will man

von der Hamburg Port Authority auf die Hochbahn verschieben.

Ein weiterer Haushaltstrick des Systems Freytag ist es, andere für sich Schulden machen lassen. Diese Anderen sind die öffentlichen Unternehmen. So will der Senat die rund 440 Schulgebäude mit einem Sanierungsbedarf von rund drei Mrd. Euro an ein neues öffentliches Unternehmen ausleihen, das dann anstelle der Stadt mit Krediten den Investitionsstau beheben soll.

Hinzu kommen Steuererhöhungen, das Verschieben von Projekten auf eine fernere Zukunft, Kürzungen bei bestimmten Haushaltstiteln und die Erlöse aus dem Teilverkauf der HHLA. Die Steuereinnahmen wurden vor dem Finanzcrash geschätzt und der Haushaltsentwurf ist nach Auffassung des Bundes der Steuerzahler nur noch Makulatur.

Eines jedoch will dieser Senat nicht – und das ist eine bemerkenswerte politische Kehrtwende – weitere Privatisierungen. Senator Freytag: „Da hat es einen Wandel in den Auffassungen gegeben. Wir werden nicht die Fehler aus den 90er Jahren wiederholen.“ Die öffentlichen Unternehmen „helfen uns, die Krise durchzustehen.“

Wenn die Regierungskoalition mit dem Pfund der öffentlichen Unternehmen in einer krisenhaften und rezessiven Gesamtlage wirklich wuchern wollte, dann

würde sie diesen öffentlichen Sektor nicht durch das Aufbürden von Investitionen und Haushaltsaufgaben schwächen. Die Alternative zu dieser Politik ist die Nutzung der Potenziale dieser Unternehmen, um in Hamburg eine sozial und ökologisch verträglichere Entwicklung auf den Weg zu bringen.

Editorial :

Seit 8 Monaten ist DIE LINKE mit einer eigenen Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten. Selbstbewusst gehen wir mit der Oppositions-Rolle um. Sie ist für uns keine schicksalhafte Abwesenheit von den Regierungsbänken, wie es andere Parteien sehen. Sie ist für uns Verantwortung und Herausforderung zugleich, gerade weil wir es mit der ersten schwarz-grünen Koalition zu tun haben.

Wir wollen Transparenz schaffen, frühzeitig aufdecken, wenn an der Öffentlichkeit und Parlament vorbei Fakten geschaffen werden sollen, und beharrlich an unseren Zielen arbeiten. So konnten wir den Fokus auf die Einnahmeseite des Haushalts und die Etablierung von Schattenhaushalten lenken, haben die Privatisierungen und Teilprivatisierungen sowie die Verschwendung öffentlicher Mittel für schwarz-grüne Leuchtturm-Projekte, die den Menschen in Hamburg nichts nützen, immer wieder kritisiert.



Es war uns wichtig, selbst Themen und Schwerpunkte zu setzen, so z.B. die Einführung eines „echten“ Sozialtickets, die Hintergründe für eine Uni-Verlagerung, das Märchen von den vielen Ausbildungsplätzen, die besondere Problematik der Hauptschüler, die Situation des Taxengewerbes, die Schließung des Drogenprojektes Subway, die Eröffnung des Naziladens in der Innenstadt und die fortwährende Einschränkung der Versammlungsfreiheit unter Senator Ahlhaus. Neben den zahlreichen Redebeiträgen auf den Bürgerschaftssitzungen haben wir bislang 111 Schriftliche Kleine Anfragen, 7 Große Anfragen, 5 Gesetzentwürfe und 24 Anträge auf den Weg gebracht. Zu den aktuellsten gehören die Großen Anfragen zur häuslichen Gewalt und Gender Budgeting sowie Gesetzentwürfe zur Kennzeichnungspflicht von Polizisten, zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer und zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG).



Die Abgeordneten auf einer Demonstration gegen Abschiebungen am Hamburger Flughafen

Kohle von der GAL

Von Dora Heyenn

Am 30. September hat die Senatorin für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Anja Hajduk, den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg genehmigt. Ob die Auflagen zur wasserrechtlichen Genehmigung eine wirkliche Schutzfunktion entfalten werden oder nur zur Beruhigung der GAL-Basis gedacht waren, wird die Zukunft zeigen. Vattenfall will gegen die Auflagen klagen. Umweltschutzverbände haben Klagen angekündigt, weil sie meinen, dass die Behörde die Genehmigung hätte ablehnen können oder sogar müssen.

DIE LINKE hat problematisiert, dass der CDU-Vorgängersenat drei Monate vor dem Ende der Legislaturperiode dem schwedischen Energiekonzern eine Vorabbaugenehmigung erteilte, die es in sich haben musste. Das war zutiefst undemokratisch. Die beliebten Nebenabsprachen führten dazu, dass die Behörde meinte, das Kraftwerk nicht abgelehnt zu können. Die GAL hat im Wahlkampf behauptet,



tet, das Kohlekraftwerk sei politisch zu verhindern. Die GAL-Senatorin erklärte, dass diese Genehmigung ein schwarzer Tag für die Grünen sei. Es sind aber 40 kohlrabenschwarze Jahre für alle – die geschätzte Laufzeit des Kraftwerks. Zudem wurde mit der Entscheidung ein Zeichen für die fast 30 beantragten Kohlekraftwerke in Deutschland gesetzt.

Klimapolitisch bedeutet es, dass in der Region Hamburg der CO₂-Ausstoß um das 4-fache erhöht wird. Im Koalitionsvertrag wurde sich verbindlich auf das Ziel geeinigt, bis 2020 die Treibhausgas-Emission um 40 % zu verringern! Der Fraktionsvorsitzende Jens Kerstan pochte darauf, dass die Grünen trotzdem weiterhin Klimaschutz als Kernkompetenz für sich beanspruchen. Das werden sie beweisen müssen. Die Ankündigung ein Stadtwerke einzurichten, war eine weitere Beruhigungsspielle für die GAL-Basis. Die GAL hat in der Rot-Grünen Koalition an der Privatisierung der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) mitgewirkt. Diese „Rekommunalisierung“ wird genauso schnell verpuffen, wie die zentralen Wahlversprechen gebrochen wurden. Und auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag, das von der CDU in Kraft gesetzte Klimaschutzprogramm zu konkretisieren, sind bisher keine Taten gefolgt.

Kernkompetenzen sehen anders aus. DIE LINKE sieht schwarz für die CO₂-Bilanz in Hamburg – gerade wegen der Grünen.

Fortsetzung von Seite 1

Aus der Opposition heraus auf einen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit, ein solidarisch organisiertes Gemeinwesen und eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung hin zu wirken, funktioniert nur über eine enge Verzahnung mit außerparlamentarischen Bewegungen. Dazu gehört sich beraten zu lassen, die Forderungen parlamentarisch zur Geltung zu bringen sowie direkt zu unterstützen. Das Antira- & Klimacamp haben wir auf verschiedenen Ebenen unterstützt und mitgetragen. Unser besonderes Augenmerk lag auf der Wahrung der Bürgerrechte. Dort gab es erhebliche Einschränkungen und Verletzungen. Bei dem Volksbegehren „Eine Schule für Alle“ ist es gelungen gemeinsam mit der Initiative, der Partei und der Fraktion eine Kampagne durchzuführen. Dass es gescheitert ist, mindert diese gemeinsame Anstrengung nicht.

Mit dem Konzept „Fraktion vor Ort“ fangen wir jetzt an, unsere Politik in den Stadtteilen vorzustellen und zu diskutieren. Das ist eine gute Gelegenheit unsere Arbeit mit den Bezirks- und Ortsverbänden zu verzahnen. Wir werden auch das unsere dazu beitragen um weiterhin eine gute Zusammenarbeit von Partei und Fraktion zu gewährleisten.

Dora Heyenn

Neuerscheinung:

„Öffentlich Private Partnerschaften – Eine besonders intelligente Form der Privatisierung?“

Der schwarz-grüne Senat behauptet, dass er eine schuldenfreie, grundsätzliche Haushaltspolitik verfolgt, die künftig ohne Schulden auskommen wird. Doch um den schönen Schein aufrecht zu erhalten, muss Finanzsenator Freytag tief in die Trickkiste greifen. Dazu gehören die ÖPP-Projekte, die nicht nur eine Auslagerung von Schulden aus dem Hamburger Haushalt, sondern auch einen Ausverkauf öffentlichen Eigentums darstellen. In der Broschüre von Joachim Bischoff, Ute Furtkamp und Bernhard Müller sind die wichtigsten Argumente zusammengefasst.



Stop Castor - Gorleben vermASSEln

Um ein Zeichen zu setzen hat die Bürgerchaftsfraktion ihre Klausurtagung vom 8. bis 09.11. nach Hitzacker im Wendland verlegt und wird an der Demonstration teilnehmen. Karten für die Busfahrt zur Demonstration sind auch über die Fraktionsgeschäftsstelle im Rathaus erhältlich.

Veranstaltung: „Gorleben - Widerstand gegen Atomkraft“, Do., 13.11.08, 19:30 Uhr, Bezirksbüro DIE LINKE Altona, Am Felde 2 (Hinterhof) mit Norbert Hackbusch. MdHB

Stop Castor-Gorleben vermässeln



Norbert Hackbusch beobachtet die Staatgewalt an der Baustelle des Kohlekraftwerks in Moorburg



Impressum:

Newsletter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft • Redaktion: Martin Bialluch (V.i.S.d.P) • Mitarbeit: Joachim Bischoff, Dora Heyenn, Norbert Hackbusch • Layout Martin Wittmack • Auflage: 3000 • Redaktionsschluss: 28.10.2008 • Druck: Print und Copyhaus GmbH.

Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg
Telefon 040 / 42 831 - 22 50
Fax 040 / 42 831 - 22 55
Email: info@linksfraktion-hamburg.de
Sprechzeiten Mo. bis Fr. 10-13 und 14-16 Uhr